

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2011



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In erster Lesung sprechen wir heute über den Dritten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan für das kommende Jahr 2011. Es ist aber schon ungewöhnlich, dass an einem Plenartag zwei Tagesordnungspunkte den Haushalt des Landes zum Gegenstand haben. Ich darf insoweit an die Debatte von heute Vormittag unter Punkt 1 der Tagesordnung anschließen.

Ich darf zunächst an den Urhaushalt 2010/2011 erinnern. Wir mussten infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise eine noch nie dagewesene Rekordverschuldung beschließen; unser Finanzminister hat bereits darauf hingewiesen. Für das Jahr 2010 hat der Haushaltsgesetzgeber, also wir, eine Nettoneuverschuldung von 2,6 Milliarden € beschlossen, und für das Jahr 2011 waren es immerhin noch 2 Milliarden €.

Aufgrund der erfreulichen Ergebnisse der November-Steuerschätzung, die das Wiederanspringen der Konjunktur im Land mit zeitlicher Verzögerung nachzeichnet, ist es uns nunmehr möglich, die Nettoneuverschuldung abzusenken. An dieser Stelle gilt mein besonderer Dank unserem Ministerpräsidenten Stefan Mappus und natürlich auch unserem Finanzminister Willi Stächele. In einem Kraftakt wurde die Nettoneuverschuldung für die Jahre 2010 und 2011, ausgehend von einer Rekordverschuldung von 4,67 Milliarden €, halbiert – ich wiederhole: halbiert. Ich halte dies für

einen sehr wichtigen Schritt, weil die die Regierung tragenden Fraktionen im Landtag hiermit auch gezeigt haben, dass ihnen die Konsolidierung wichtig ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Während Regierungen in anderen Bundesländern in einer kurzsichtigen Denkweise Wahlgeschenke verteilen, (Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: NRW!) bleibt Baden-Württemberg auf diesem Konsolidierungskurs, was sich nach meinem Dafürhalten langfristig auch auszahlen wird.

Wichtiger ist mehr denn je, meine Damen und Herren, dass keine Hypotheken auf die Zukunft aufgenommen werden, sondern der Staat insgesamt handlungsfähig bleibt. Ich verrate Ihnen allen kein Geheimnis, wenn ich auf die strukturelle Unterdeckung des Landeshaushalts für die kommenden Jahre verweise. Das ist keine Aufgabe, die man von heute auf morgen erledigen kann. Umso wichtiger ist es aber, dass mit den Steuermehreinnahmen und den Steuereinnahmen generell sowie mit einem Sparpaket die Nettoneuverschuldung für das laufende und für das kommende Jahr um 2 Milliarden € abgesenkt werden kann. Eine geringere Nettoneuverschuldung wirkt strukturell für die kommenden Haushaltsjahre. Das ist besonders wichtig. Es müssen logischerweise in Zukunft weniger Zinsen finanziert werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf die Schuldenbremse nach der Landeshaushaltsordnung verweisen. Wir haben uns verpflichtet, neu aufgenommene Schulden binnen sieben Jahren wieder abzutragen. Auch hier schaffen wir Luft und Handlungsspielraum für die kommenden Jahre, da bei einer geringeren Nettoneuverschuldung auch die Tilgungsraten geringer ausfallen können.

Allerdings greift im Jahr 2019 ohnehin eine natürliche Bremse für weitere Schulden. Denn ab dann ist es den Ländern nach der Föderalismuskommission ohnehin verboten, neue Schulden zu machen. Meine Damen und Herren, es ist allerdings zu spät, erst im Jahr 2017 oder 2018 mit der Konsolidierung zu beginnen. Daher war es wichtig, ohne weiteres Zögern den 2008 und 2009 eingeschlagenen Konsolidierungspfad unmittelbar fortzusetzen und den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zu zeigen, dass der Pfad in Richtung Nullnettoneuverschuldung – oder Nettonull, wie ich auch sagen darf – wieder eingeschlagen wird.

Eine der zentralen Einsparpositionen im Haushalt ist ein Stelleneinsparprogramm mit einem Umfang von rund 1 500 Stellen. Auch darauf hat der Finanzminister schon hingewiesen. Erlauben Sie mir aber schon jetzt den Hinweis, dass die Bereiche Sicherheit, Bildung, Wissenschaft und

Forschung, Justiz und Steuervollzug ausgenommen bleiben. Das halte ich für sehr wichtig. Ebenfalls zu den Einsparungen für 2011 wird das sogenannte Vorgriffsstundenmodell mit 20 Millionen € beitragen, über dessen genaue Ausgestaltung wir uns im Rahmen der Beratungen im Finanzausschuss am 20. Januar 2011 unterhalten werden. Lassen Sie mich aber eines vorausschicken: Wichtig ist uns dabei, dass für die hervorragende Beamtenschaft Flexibilität und Mitgestaltungsmöglichkeiten bis hin zu Freiwilligkeitsmodulen gewährleistet werden. Ein Vorgriffsstundenmodell kann nämlich nur dann Bestand haben, wenn auf beiden Seiten Vertrauen besteht. Mit Rücksicht darauf werden wir, die CDU-Fraktion, in der Finanzausschusssitzung im Januar entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Mit einem Stelleneinsparprogramm sowie dem soeben genannten Vorgriffsstundenmodell wird auch der Beamtenbereich in die Konsolidierungsstrategie der Landesregierung eingebunden. Dies ist ohne Alternative, da jeder zweite Euro im Landeshaushalt für Personalkosten ausgegeben wird.

Wichtig ist aber, dass keine Kürzungen bei der Besoldung und Versorgung und im Bereich der Beihilfe erfolgen – obwohl das eine oder andere selbst vom Beamtenbund im Vorfeld ausdrücklich angeboten wurde. Das Argument, dass es bei einer Absenkung des Beihilfesatzes für Pensionäre zu übermäßigen Belastungen gekommen wäre, hat zu dieser Entscheidung beigetragen.

Die kommenden Jahre werden für den Haushaltsgesetzgeber, also für uns, nicht einfach werden. Ziel muss es sein, so schnell wie möglich wieder ohne neue Schulden auszukommen. Wir müssen aber in den kommenden Jahren auch zusätzliche Lasten für den Haushalt schultern. Ich denke hier an die wachsende Zahl der Versorgungsempfänger und an die Tilgungen, die wir für die Schuldenbremse vornehmen müssen. Sie wissen es – ich habe es vorhin erwähnt –: Beginnend mit dem Jahr 2007 haben wir uns dabei in der Landeshaushaltsordnung selbst ein Gebot gesetzt.

Dies sind zusätzliche Belastungen für den Haushalt, die man bei der Aufstellung künftiger Haushalte berücksichtigen muss. Daher kann ich nur wiederholen: Der jetzige Haushalt ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg in die Zukunft.

Der dritte Nachtragshaushalt 2011 ist jedoch nicht nur ein Haushalt des Sparens, sondern auch ein Haushalt des Gestaltens. Hierfür nehmen wir keine neuen Schulden auf, sondern nutzen die Überschüsse der Jahre 2008 und 2009.

Im Bereich der Infrastruktur werden wir zusätzlich 40 Millionen € in den Erhalt der Landesstraßen stecken. Dies ist ebenfalls eine sinnvolle Investition in die Zukunft, da es darum geht, Vermögenswerte des Landes zu erhalten. Auch der Rechnungshof des Landes hat uns diesbezüglich entsprechende Anregungen gegeben.

Ein weiterer wichtiger Punkt für die Infrastruktur im Land sind Investitionen in Höhe von 15 Millionen € zum Ausbau der Breitbandverkabelung. Ein schneller Internetanschluss ist nicht nur für

die mittelständische Industrie und das Handwerk von zentraler Bedeutung, sondern ist auch ein zentraler Standortfaktor für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Die Städte sind hinreichend mit Breitbandversorgung ausgestattet. Jetzt gilt es noch, die weißen Flecken im ländlichen Raum entsprechend zu versorgen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht ganz! Nicht nur im ländlichen Raum!)

Für die Städtebauförderung geben wir ebenfalls 14 Millionen € mehr aus.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir erhöhen den Zuschuss für den Flughafen Friedrichshafen um 5 Millionen €

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Noch besser! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zu viel!)

und unterstützen die Stadt Staufen mit 2 Millionen € aus dem Landeshaushalt.

Die Bildung, Ausbildung und Betreuung der Kinder, der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land liegt uns ebenfalls sehr am Herzen. Für die Bildungshäuser werden wir 3,5 Millionen € aus dem Landeshaushalt aufwenden.

Mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ haben wir für Kinder vom Kindergartenalter bis zur 4. Klasse ein durchgängiges, ganzheitliches musikalisches Bildungsangebot geschaffen. Schon der Modellversuch hat außerordentlich gute Ergebnisse hervorgebracht. So ist insbesondere die Quote der schulfähigen Kinder in der Modellphase signifikant angestiegen. Daher haben wir uns als CDU-Fraktion im Landtag dafür stark gemacht, dass in Baden-Württemberg überall dort solche Kooperationen an den Start gehen können, wo die Partner dies gemeinsam beantragt haben.

(Fortsetzung 16:45 Uhr: Finanzminister Willi Stächele)

So können weitere rund 380 Standorte in Singen, Bewegen und Sprechen erfolgreich arbeiten. Dazu stellen wir weitere 1,2 Millionen € für das Jahr 2011 zur Verfügung, um fast zusätzliche 40 % zusätzliche Kooperationen bewilligen zu können. Für die überbetriebliche Ausbildung geben wir 3 Millionen € aus, weiter fördern wir mit 0,5 Millionen € Maßnahmen der Kinderbetreuung für Landesbedienstete. Mit insgesamt 7 Millionen € statten wir ein Programm zur Sicherung der

ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aus. Auch das ist eine wichtige Position. Probleme gibt es nämlich im ländlichen Bereich insbesondere bei der Praxisnachfolge. Wir sehen den Arzt im ländlichen Raum auch als existenzielle Infrastruktur an. Dies wollen wir durch ein geeignetes Programm erhalten. Das Kapital der Stiftung für Entwicklungszusammenarbeit wird um 5 Millionen € aufgestockt. Damit können wir weiter sinnvolle Projekte unterstützen, was sich seit vielen Jahren bewährt hat. Für die Ausstattung und für die Überstundenvergütung für die Polizei stellen wir 5,9 Millionen € in den Haushalt ein. Dies ist auch ein Zeichen für die Wertschätzung der hervorragenden Arbeit unserer Polizei im Land die in diesen Zeiten sicherlich nicht gerade einfach ist.

(Zurufe von der CDU: Bravo!)

In einem ersten Schritt wollen wir weitere 60 Millionen € in die Schlüsselbranchen unseres Landes investieren, um die Innovationskraft der Unternehmen des Landes zu stärken, um so auch langfristige, wirtschaftliche und technologische Perspektiven der baden-württembergischen Landespolitik festzulegen. Näheres hierzu werden wir dann in der Ausschussberatung am 20. Januar 2011 zu erörtern haben.

Meine Damen und Herren, mit den zwei schuldenfreien Haushalten 2008 und 2009 haben wir gezeigt, was denn möglich ist. Es muss unser Ziel sein, sobald wie möglich wieder ohne Kredite auszukommen. Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf für den dritten Nachtrag ist eine sinnvolle, zeitgemäße und auch den Erwartungen der Bevölkerung entsprechende Perspektive, den Pfad zum Kreditverzicht wieder zu beschreiten. Ich bitte Sie alle, uns auf diesem Weg zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Das machen wir!)

Die Städte sind hinreichend mit Breitbandversorgung ausgestattet.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das stimmt nicht!)

Jetzt gilt es, auch die weißen Flecken im ländlichen Raum noch entsprechend zu versorgen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht nur im ländlichen Raum!)

Für die Städtebauförderung geben wir ebenfalls 14 Millionen € mehr aus.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir erhöhen den Zuschuss für den Flughafen Friedrichshafen um 5 Millionen €

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Noch besser! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zu viel!)

und unterstützen die Stadt Staufen mit 2 Millionen € aus dem Landeshaushalt.

Die Bildung, Ausbildung und Betreuung der Kinder, der Jugendlichen und der jungen Erwachsenen im Land liegt uns ebenfalls sehr am Herzen. Für die Bildungshäuser werden wir 3,5 Millionen € aus dem Landeshaushalt aufwenden.

Mit dem bundesweit einmaligen Förderprogramm „Singen – Bewegen – Sprechen“ haben wir für Kinder vom Kindergartenalter bis zur vierten Klasse ein durchgängiges, ganzheitliches musikalisches Bildungsangebot geschaffen.

Schon der Modellversuch hat außerordentlich gute Ergebnisse hervorgebracht. So ist insbesondere die Quote der schulfähigen Kinder in der Modellphase signifikant angestiegen. Daher haben wir, die CDU-Fraktion, uns im Landtag dafür stark gemacht, dass in Baden-Württemberg überall dort solche Kooperationen an den Start gehen können, wo die Partner dies gemeinsam beantragt haben. So können weitere rund 380 Standorte in dem Programm „Singen – Bewegen – Sprechen“ erfolgreich arbeiten. Zudem stellen wir weitere 1,2 Millionen € für das Jahr 2011 zur Verfügung, um fast 40 % zusätzliche Kooperationen bewilligen zu können.

Für die überbetriebliche Ausbildung geben wir 3 Millionen € aus. Weiter fördern wir mit 0,5 Millionen € Maßnahmen der Kinderbetreuung für Landesbedienstete.

Mit insgesamt 7 Millionen € statten wir ein Programm zur Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum aus. Auch das ist eine wichtige Position. Probleme gibt es nämlich im ländlichen Bereich insbesondere bei der Praxismachfolge. Wir sehen den Arzt im ländlichen Raum als existenzielle Infrastruktur an. Diese wollen wir durch ein geeignetes Programm erhalten.

Das Kapital der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit wird um 5 Millionen € aufgestockt. Damit können wir weiter sinnvolle Projekte unterstützen, was sich seit vielen Jahren bewährt hat.

Für die Ausstattung und für die Überstundenvergütung für die Polizei stellen wir 5,9 Millionen € in den Haushalt ein.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das wird aber Zeit!)

Dies ist auch ein Zeichen unserer Wertschätzung der hervorragenden Arbeit der Polizei in unserem Land, die in diesen Zeiten sicherlich nicht gerade einfach ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

In einem ersten Schritt wollen wir weitere 60 Millionen € in die Schlüsselbranchen unseres Landes investieren, um die Innovationskraft der Unternehmen des Landes zu stärken, um so auch langfristige wirtschaftliche und technologische Perspektiven der baden-württembergischen Landespolitik festzulegen. Näheres hierzu werden wir in der Ausschussberatung am 20. Januar 2011 zu erörtern haben.

Meine Damen und Herren, mit den zwei schuldenfreien Haushalten 2008 und 2009 haben wir gezeigt, was möglich ist. Es muss unser Ziel sein, so bald wie möglich wieder ohne Kredite auszukommen. Der hier vorgelegte Haushaltsentwurf für den Dritten Nachtrag ist eine sinnvolle, zeitgemäße und auch den Erwartungen der Bevölkerung entsprechende Perspektive, den Pfad zum Kreditverzicht wieder zu beschreiten. Ich bitte Sie alle, uns auf diesem Weg zu unterstützen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das machen wir!)